

Besuchen Sie Belgrad,....

Eine zehnköpfige Delegation von Friedensaktivisten und Journalisten aus Österreich besuchte von 19. bis 23. August Belgrad und Pristina. Ziel der Reise war es, Kontakte zur Friedensbewegung zu festigen sowie aktuelle Informationen aus erster Hand zu bekommen.

Belgrad und Pristina

Belgrad. Die Höhle des Löwen, das Zentrum des Bösen, wenn man die Berichterstattung so mancher österreichischer Medien als Maßstab nimmt. Aber auch das Zentrum der Opposition gegen die Regierung Milosevic. Schauplatz von Studentenprotesten und Friedensaktionen. Und eine Stadt, in der Menschen leben. Nicht dunkle, wilde, bärtige, bombenwerfende Gestalten. Menschen, die sich zu unrecht als die einzig Bösen dieses Krieges gebrandmarkt und bestraft fühlen. Auf den ersten Blick scheint das Wirtschaftsembargo keine Auswirkungen zu haben. Die Läden sind voll, man kann alles kaufen. Nur: Immer weniger Leute können sich auch nur die nötigsten Dinge leisten. Die Inflation explodiert, der Schwarzmarkt blüht. Und die Angst wird größer. Die Angst vor einem Winter ohne Heizöl, vor noch schlechterer Versorgung. Aber auch die Angst vor Bomben auf Belgrad. Vor einer internationalen Militärintervention, die sich nicht auf Hilfslieferungen in Bosnien beschränkt, einer Strafexpedition nach dem Vorbild des Golfkrieges. Besuchen Sie Belgrad, solange es noch steht!

Pristina. Hauptstadt des Kosovo. Vor drei Jahren wurde die politische Autonomie der Provinz von Serbien praktisch aufgehoben. Die Unterdrückung der albanischen Bevölkerung (90 Prozent der Einwohner) wird immer stärker. Die Spannungen steigen, viele Menschen sind bewaffnet. Immer wieder hört man Gewehrsalven in der Stadt. Das wären die Albaner, meint der serbische Hotelmanager, die versuchten,

eine aufgeheizte Stimmung vorzutäuschen. Das sind Provokationen von Serben, erzählen Albaner. Die serbische Miliz führt "Verkehrskontrollen" in Bürgerkriegsausrüstung durch. Mit schußsicheren Westen und Maschinenpistolen. Unser Taxifahrer ist geradezu übertrieben freundlich zu ihnen, man merkt, daß ihm nichts anderes übrig bleibt. Nur nicht auffallen. Jeder zweite Albaner im Kosovo, wird uns erzählt, hat in den letzten 10 Jahren die Unterdrückung am eigenen Leib zu spüren bekommen. Durch Haft, Prügel, Entlassung...

Die Stimmung in der Stadt kommt dem Bild sehr nahe, das man sich als Mitteleuropäer von einer lateinamerikanischen Militärdiktatur macht.

Die Opposition

"Wir wollen der westlichen Welt das andere Gesicht Serbiens zeigen, das gesprächs-, verhandlungs- und konsensbereite Serbien", sagt Professor Vlado Jankovic, der Sprecher des serbischen Oppositionsbündnisses DEPOS. Kurz nach Beginn des Embargos schlossen sich die größten Oppositionsparteien, Künstler, Wissenschaftler und Intellektuelle zu dieser "Oppositionsbewegung" zusammen. Und unter wachsendem Druck - beginnt die Regierung, dieses Bündnis als Gesprächspartner zu akzeptieren. "Wir werden jetzt eingeladen, die Rechnung mitzubegleichen", sagt der Sprecher. Im November sollen Wahlen für das serbische und das Bundesparlament stattfinden. DEPOS will dazu mit einer gemeinsamen Liste antreten. Allerdings nur, wenn die Regierung einer Reihe von Bedingungen zustimmt. Bedingungen wie Zugang zu den Medien, vor allem zum Fernsehen; Kontrolle der Wähllisten durch die Opposition; Verhältnis- statt Mehrheitswahlrecht; Wahlrecht für Menschen, die ins Ausland geflohen sind. Ansonsten will DEPOS die Wahlen

boycottieren, um nicht ein demokratisches Feigenblatt für die Regierung abzugeben.

"Wenn wir an die Macht kommen," verspricht Jankovic, "werden wir als ersten Schritt den sofortigen Waffenstillstand erklären". Aber durch den Krieg, nach all dem Blutvergießen, den Tragödien, dem Haß, sei nur eine Teilung Bosniens möglich. Eine internationale Kontrolle "nicht für Monate, sondern für Jahrzehnte", sei nötig. Auch Dusan Reljic, Redakteur der oppositionellen Wochenzeitung VREME ("das einzige Blatt von Wien bis Istanbul, das absolut frei von jeder Art von Chauvinismus ist"), meint es gäbe nur zwei Möglichkeiten. Man könne die Realität anerkennen, das hieße die Dreiteilung Bosniens zwischen Serben, Kroaten und Moslems. Die andere Alternative wären "eine halbe Million Soldaten und ein ganz langer Krieg".

Über DEPOS sagt Reljic: "Diese Leute sind Wendehälse. Als Intellektuelle haben sie kapiert, daß es mit Milosevic nicht weitergeht". Die Politik des Bündnisses sei trotz allem stark nationalistisch geprägt. Und Vesna Pesic, Mitbegründerin des "Anti-Kriegs-Zentrums Belgrad" und Präsidentin der "Reformpartei" sagt: "Eigentlich würde ich sagen, daß es in Serbien nur zwei Parteien gibt. Eine für ein Großserbien und eine gegen den Krieg, nämlich das Anti-Kriegs-Zentrum und die 'Civil Alliance of Serbia' " eine kürzlich gegründete Koalition von 4 kleineren Parteien, die nicht in DEPOS vertreten sind.

Einig sind sich aber alle drei darüber, daß eine internationale Militärintervention gegen Serbien die Macht der Regierung Milosevic stärken würde. "Die Opposition würde ihre Existenzgrundlagen verlieren" sagt Jankovic, "Wir brauchen noch einige Monate, bis die Sanktionen richtig greifen". Kein Mensch in Belgrad, der bei Sinnen ist, könne für das Wirtschaftsembargo sein. Aber es sei nun mal da und man müsse damit arbeiten. Wenn die schlechte Versorgung die Landbevölkerung, Milosevic's traditionelle Anhängerschaft erreicht, "werden sie sich gegen ihn wenden".